

Vortrag von
Pfarrer Dietrich Becker-Hinrichs,
Evangelische Landeskirche in Baden,
am 14. Februar 2018 im Evangelischen Gemeindehaus in Rastede-Wahnbek
in der Vortragsreihe zum Friedensethischen Konsultationsprozess
in der Ev.-Luth. Kirche in Oldenburg

Die Friedensbotschaft der Bibel und die Frage nach militärischer Gewalt als ultima ratio

Friedensethische Stellungnahmen der EKD sprechen von einer vorrangigen Option für die Gewaltfreiheit als Mittel der Konfliktbearbeitung. Nur in eng abgegrenzten Fällen und unter bestimmten Bedingungen sei die Anwendung militärischer Gewalt als „ultima ratio“ zur Abwendung noch größeren Übels erlaubt und sogar auch geboten. Aber die „ultima ratio“ ist nur eine von sieben Bedingungen, die alle erfüllt sein müssen, bevor man aus friedensethischer Sicht eine Zustimmung zu einem Militäreinsatz geben kann. Die EKD Friedensdenkschrift von 2007 kennt sieben Prüfkriterien für den Gebrauch rechtserhaltender Gewalt. Man sollte vor einem Einsatz militärischer Mittel ganz nüchtern fragen:

- *Gibt es für den militärischen Einsatz einen hinreichenden Grund?*
- *Sind diejenigen, die zu Gewalt greifen, dazu ausreichend legitimiert?*
- *Verfolgen sie ein verantwortbares Ziel?*
- *Beantworten sie ein eingetretenes Übel nicht mit einem noch größeren?*
- *Gibt es eine realistische Aussicht auf Erfolg?*
- *Wird die Verhältnismäßigkeit gewahrt?*
- *Bleiben Unschuldige verschont?*

Diese sieben Fragen sollten allesamt positiv beantwortet sein, bevor man einen Militäreinsatz gutheißen kann! Das sind übrigens die sieben klassischen Bedingungen für den legitimen Einsatz von Gewalt im Krieg nach der klassischen Lehre vom gerechten Krieg. Ich bin der Auffassung, dass diese sieben Kriterien durchaus eine rationale Sichtweise ins Spiel bringen, wenn ein Konflikt sich zuspitzt. Aber ich behaupte zugleich: Sie sind in der Schreibtischstube der Theologen und Philosophen entstanden und verkennen die Realität von Kriege.

Die Lehre vom gerechten Krieg funktioniert nicht im Krieg

Die pazifistische Warnung vor dem Einsatz militärischer Mittel hat etwas zu tun mit der Eigendynamik von Kriegen, die oftmals nicht erkannt wird. Kriege taugen nicht als Mittel der Politik. Wenn ich im Folgenden von Kriegen spreche, dann gebrauche ich dabei eine Definition aus der Friedens- und Konfliktforschung: *Krieg ist ein internationaler Konflikt zwischen zwei Parteien - von denen mindestens eine den Charakter einer militärischen Streitmacht hat - mit mehr als 1000 Toten.* In diesem Sinne waren der Kosovokrieg und

der Afghanistankrieg echte Kriege, auch wenn die Politiker versucht haben, diesen Begriff zu vermeiden. Davon deutlich zu unterscheiden sind beispielsweise Blauhelmeinsätze unter der Führung der UNO wie im Kosovo nach dem Ende des Krieges. Hier würde ich zwar von einem militärischen Einsatz, aber nicht von Krieg sprechen. Hier fehlt auch das entscheidende Element der Konflikteskalation, das Kriegen zu eigen ist.

Kriege sind immer unberechenbar und unkalkulierbar

Entwickelt sich ein militärischer Einsatz zum Krieg, dann treten stets Faktoren auf den Plan, die der Politik das Heft des Handelns aus der Hand nehmen. Der amerikanische Kriegsforscher Gabriel Kolko (Das Jahrhundert der Kriege, 1999) analysiert die Kriege des 20. Jahrhunderts und stellt fest: „Die Planung der Kriege in diesem Jahrhundert zeugt stets von Wunschdenken, so z.B. allein durch hohe Mobilität einen glatten Sieg zu landen oder, neuerdings, mit der Luftwaffe und modernsten Techniken ‚kurzen Prozess‘ machen zu können: Militärstrategen haben zwar durchaus großartige Pläne gemacht, aber es kam immer ganz anders. ... Sobald ein Krieg einmal vom Zaun gebrochen ist, beherrschen gänzlich unvorhersehbare Faktoren seinen weiteren Verlauf, was sich immer wieder aufs Neue bestätigt hat.“ Was Kolko für das 20. Jahrhundert analysiert, gilt ebenso für die Kriege der letzten 20 Jahre.

So glaubte die NATO zu Beginn des **Kosovokrieges**, Präsident Milosevic werde nach einem zweitägigen Bombardement nachgeben und seine Unterschrift unter den Vertrag vom Rambouillet setzen. Niemand hatte vorher das sich dann entwickelnde Szenario einer schrankenlosen Eskalation vorhergesehen: In der Luft bombardierte die NATO und am Boden wurde Tausende von Kosovo-Albanern durch serbische Milizen vertrieben und getötet. Der asymmetrische Krieg zog sich noch über mehrere Wochen hin. Das politische Ziel im Vertrag von Rambouillet war es gewesen, einen multiethnischen Kosovo zu erhalten. Dieses Ziel wurde durch den Krieg völlig ad absurdum geführt. Am Ende stand ein Ergebnis, das so zuvor niemand gewollt hatte: Ein eigenständiger Kosovo, aus dem dann Hunderttausende von Serben vertrieben wurden.

Ein weiteres Beispiel dafür, dass der Einsatz militärischer Mittel sich nicht an die hohen ethischen Standards hält, wenn in den realen Situationen Eskalationsdynamiken auftreten, ist auch der **Afghanistankrieg**. Die Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD stellt daher in einer 2013 veröffentlichten Studie über den Afghanistaneinsatz fest: „Im Blick auf den Afghanistaneinsatz stellt sich allerdings die ernste Frage, ob nicht die militärischen Mittel eine Eigendynamik entwickelt haben, die dazu führte, dass das Leitbild des „gerechten Friedens“ aus dem Zentrum des Handelns herausgerückt ist. Auch wenn anzuerkennen ist, dass die Einsatzregeln für COM ISAF zivile Verluste und Schäden so weit wie möglich zu vermeiden suchen, kommen Beobachter zu dem Urteil, dass der Einsatz von militärischer Gewalt – als Reaktion auf die asymmetrische Gewaltanwendung der oppositionellen militärischen Kräfte – an manchen Orten zu einer **Spirale der Gewalteskalation** geführt hat, die nur schwer rechtlich eingehegt werden konnte.“ Diese Analyse bestätigt das oben Gesagte. Die so bezeichnete „Spirale der Gewalteskalation“ ist keine Ausnahme, sondern die Regel in militärischen Kampfeinsätzen, die sich zum Krieg entwickeln.

Im Jahre 2011 wollte man in **Libyen** mit ein paar Luftschlägen Zivilisten in Bengasi schützen. Der Militäreinsatz entwickelte sich zu einem Krieg mit ca. 50.000 Toten, an dessen Ende der libysche Diktator Gaddafi gestürzt wurde und das Land ins Chaos zerfiel. Vor dem Militäreinsatz, der mit der Internationalen Schutzverantwortung (responsi-

bility to protect) begründet wurde, hab es in dem Bürgerkrieg 1000 Tote. Nach dem Militäreinsatz hatte sich die Zahl der Toten vervielfacht. Waffen aus Libyen kamen massenweise nach Syrien und befeuerten den dortigen Bürgerkrieg. Der Bürgerkrieg in Mali war eine unmittelbare Folge des Zerfalls Libyens.

Diese Unkalkulierbarkeit und Unberechenbarkeit von Kriegen macht deutlich: Der Einsatz militärischer Gewalt als friedens erzwingende Maßnahme erweist sich in der Tat als das Irrationalste, das es im Bereich des Politischen geben kann. Es gehört zum Wesen des Krieges, dass er sich nicht an die Vorgaben der Moraltheologen und Ethiker hält. In der Geschichte der Kriege gab es immer heftige Debatten über die Forderungen aus der Lehre vom gerechten Krieg, die die Gewalt im Krieg begrenzen soll, aber im Ernstfall setzten sich immer die Generäle durch. Was immer man brauchte, um zu siegen, wurde auch eingesetzt, ohne Rücksicht auf ethische Bedenken. Analysiert man die Militäreinsätze der letzten Jahre, so wird man feststellen müssen, dass sich in allen Kriegen, im Kosovokrieg, im Afghanistankrieg, im Irakkrieg, im Libyenkrieg und jetzt natürlich auch im Syrienkrieg, die Idee, man könne einen Konflikt militärisch lösen, als Illusion erwiesen hat.

Daher ist Krieg nicht eine ultima ratio, sondern eher die ultima irratio

Willy Brandt sagte 1971 bei seiner Rede anlässlich der Verleihung des Friedensnobelpreises: *„Der Krieg darf kein Mittel der Politik sein. Es geht darum, Kriege abzuschaffen, nicht nur, sie zu begrenzen. Kein nationales Interesse lässt sich heute noch von der Gesamtverantwortung für den Frieden trennen. Jede Außenpolitik muss dieser Einsicht dienen. Als Mittel einer europäischen und weltweiten Sicherheitspolitik hat sie Spannungen abzubauen und die Kommunikation über die Grenzen hinweg zu fördern. Krieg ist nicht mehr die ultima ratio, sondern die ultima irratio.“*

Die interventionistische Politik des Westens ist gescheitert und hat den Terrorismus großgemacht

Im Gegenteil: Die interventionistische Politik des Westens im Nahen Osten – angefangen vom Sturz des demokratisch gewählten iranischen Präsidenten Mossadegh 1953 bis hin zur Beseitigung des libyschen Diktators Gaddafi 2011 ist eine der Ursachen für die heutigen Krisen und Konflikte. Der Interventionismus des Westens hat zum Zerfall von Staaten geführt, zum Erstarken radikaler islamistischer Bewegungen und nicht zuletzt zur Flucht von Millionen Heimat- und Hoffnungsloser.

Der Afghanistankrieg begann im Jahre 2001. Damals lag die Zahl der Al Quaeda Kämpfer bei wenigen Hundert. Heute ist die Zahl der islamistischen Terroristen fünfstellig. Was als Krieg gegen den Terror gedacht war, hat sich als buchstäbliches „Terrorzuchtprogramm“ entwickelt, so der provokante Begriff von Jürgen Todenhöfer.

Daher ist ein Innehalten geboten und nicht einfach ein Weiter so!

Vielleicht sollten wir in der friedensethischen Debatte die grundsätzliche Kritik an der Idee von humanitären Interventionen ernster nehmen, die an anderen Orten der Welt sehr klar formuliert wird. In der Ausgabe der ZEIT vom 5. Januar 2017 wird der indische Diplomat Hardeep Singh Puri porträtiert. Er ist Botschafter Indiens bei der UNO, ein wortgewaltiger Diplomat. Puri saß in den Jahren 2011 und 2012 im UN Sicherheitsrat und hat die Entscheidung für den Kriegseinsatz gegen den libyschen Diktator Gaddafi aus der Nähe miterlebt und mitberaten. Indien war damals skeptisch, wie die Regierung

Merkel - Westerwelle. Über seine Erfahrungen hat Puri ein Buch veröffentlicht, eine bittere Abrechnung mit der Politik der militärischen Interventionen. Die Bewaffnung von Rebellen, der von außen betriebene Sturz von Regimen, die Zerschlagung von Staatsstrukturen, die man am Ende durch nichts Besseres ersetzen kann. Das alles ist in seinen Augen ein entscheidender Faktor für das blutige Desaster, in das die arabische Welt seither abgeglitten ist. Humanitär begründete Interventionen sind für Puri der Ausdruck eines allgemeineren irreführenden Polit-Idealismus, den er für gefährlich hält. Aus seiner Perspektive neigen Amerika und Europa zu moralischer Hysterie: Der Westen, meint er, besitze keine Mittel, um zu entscheiden, was ein Kerninteresse ist. Eure politischen Führungen fallen einem emotionalisierten Journalismus zum Opfer. Westliche Versuche, das Gute auf dem Globus im Konflikt mit Waffengewalt durchzusetzen, gelten in Neu-Delhi allgemein als Ausdruck von Hochmut oder Naivität – oder von beidem.

Dieselbe Kritik übt auch die frühere Bundestagsvizepräsidentin Antje Vollmer von den Grünen. Waren es doch die Grünen gewesen, die 1999 den ersten Kriegseinsatz der Bundeswehr im Kosovo aus humanitären Gründen befürwortet hatten. Antje Vollmer sagt heute selbstkritisch: „Die falsche ‚Lehre aus Auschwitz‘ hat ihr Rettungsversprechen nicht eingelöst. Die militante Verbreitung der westlichen Werte mit den Mitteln des von außen herbeigeführten Regime Change hat weder befreit noch gerettet. Sie hat ganze Landstriche in existenzielle Katastrophen gestürzt. Da hilft nur die Einsicht, dass diese hochmoralisch begründete triumphale Strategie an der Wirklichkeit gescheitert ist. Der Rausch ist vorbei. Einen Ausweg aus diesen falschen Konzepten zu suchen, ist die Notwendigkeit des Augenblicks.“

Abschied von der ultima ratio

Ein Ausweg aus den falschen Konzepten militärischer Interventionen bedeutet für mich, Abschied zu nehmen von der Idee der ultima ratio. Wir sollten uns in der Friedensethik und in einer entsprechenden Friedenspolitik auf die prima ratio konzentrieren: Die Bearbeitung von Konflikten mit zivilen Mitteln. Es gibt heute gut funktionierende Konzepte, wie man in internationalen Konflikten deeskaliert, wie man Konflikte gewaltfrei bearbeitet und mit internationalen Friedensfachkräften oder einer nonviolent peaceforce in kritischen Situationen eingreifen kann. Diesen Konzepten mangelt es aber nach wie vor an finanzieller und politischer Unterstützung. Immer noch fließen 90 Prozent der Mittel in den Rüstungshaushalt, für zivile Konzepte stehen höchstens 10 Prozent zur Verfügung. Das Verhältnis müsste sich hier umkehren. Es wäre die Aufgabe der Kirchen, für die prima ratio der Gewaltfreiheit die entsprechenden Mittel einzufordern.

Die biblische Friedensbotschaft hat sich an der Bergpredigt zu orientieren

Wenn es um die biblische Friedensbotschaft geht, dann ist für mich die Bergpredigt ein leuchtender Wegweiser. Je länger ich mich mit der Bergpredigt beschäftige, umso klarer wird mir, dass sie Leitlinien für eine Realpolitik bietet.

Das Ethos der Bergpredigt ist nicht ein Aufruf zur Passivität und zur Wehrlosigkeit.

So wurde sie oft verstanden und damit missverstanden. Dabei ist es entscheidend, wie wir die Aufforderung Jesu in Mt. 5, 39 übersetzen. In der Lutherübersetzung lautet dieser Satz „Ich aber sage euch, dass ihr nicht widerstreben sollt dem Bösen“ oder „Ihr sollt dem Bösen nicht widerstehen“. Damit scheint die absolute Wehrlosigkeit gemeint.

Schafft man dadurch dem Bösen nicht Raum in der Welt, indem man es zulässt? Aber Martin Luther und auch andere Exegeten haben diesen Satz falsch übersetzt. Das griechische Verb „anthistenai“ heißt genauer übersetzt „du sollst dem Bösen nicht mit Gewalt widerstehen“. In diesem Verb steckt das Wort „stasis“, das ist der bewaffnete Aufstand, die Revolte gegen die Besatzungsmacht. Jesus wendet sich mit diesem Wort also gegen die Zeloten, die immer wieder Anschläge auf römische Soldaten verübten und damit brutale Gegenreaktionen gegenüber der Zivilbevölkerung heraufbeschworen. Jesus propagiert eben nicht den bewaffneten Aufstand, da dieser nur wieder zu neuer Gewalt führt. In den anschließenden Beispielen in Mt 5, 38 – 42 von der anderen Wange, der zweiten Meile und dem Rock, den man zum Mantel geben soll, werden kreative Beispiele aktiver Gewaltfreiheit aus dem Alltag der kleinen Leute beschrieben, die den Unterdrückten ihre Würde zurückgeben, den Gegner in eine Zwickmühle bringen und kreative Auswege aus der Spirale von Gewalt und Gegengewalt aufzeigen.

All die kreativen Möglichkeiten des gewaltfreien Widerstandes, die wir heute kennen leben aus dem Geist der Bergpredigt. Es wäre die Aufgabe der Kirchen, diese Traditionen zu kennen und zu pflegen und sie auf allen Wegen zu verbreiten.

Jesus zeigt einen dritten Weg jenseits von Passivität oder Gegengewalt

Noch einmal: Gewaltfreiheit ist keine Passivität, keine reine Wehrlosigkeit. Jesus beschreitet in der Bergpredigt einen dritten Weg, jenseits von Passivität, Wehrlosigkeit auf der einen und Gegengewalt auf der anderen Seite. Auch der Aufruf, die Feinde zu lieben (Mt 5,43-48), zeigt wie man zum Frieden kommen kann. Carl Friedrich von Weizsäcker sprach in den achtziger Jahren von der „intelligenten Feindesliebe“, die jetzt nötig sei. Feindesliebe meinte für ihn nicht, den Gegner emotional zu lieben, sondern sich in seine Lage hineinzusetzen, die Perspektive zu wechseln und auch seine Interessen zu verstehen. Das führte damals in den achtziger Jahren zum friedenspolitischen Konzept der gemeinsamen Sicherheit, zur Entspannungspolitik mit der Sowjetunion. Daran sollten wir heutzutage wieder anknüpfen, um nicht in einen neuen kalten Krieg hineinzugeraten.

Die Bergpredigt ist keine Ethik für das Reich Gottes, sondern für die Jetztzeit, in der das Böse noch mächtig ist und bekämpft werden muss – gewaltfrei!

Wenn Friedensethiker manchmal behaupten, die Bergpredigt sei eine Ethik für das Reich Gottes, wir würden aber noch nicht im Reich Gottes leben und müssten uns mit dem Bösen auseinandersetzen, daher sei die Bergpredigt auch nicht ernst zu nehmen, dann verstehen sie die Bergpredigt völlig falsch. Im Reich Gottes braucht man seine Feinde nicht zu lieben, da gibt es keine Feinde mehr. Da muss man auch nicht mit kreativen Methoden dem Bösen entgegentreten.

Die Regeln der Bergpredigt gelten nicht für das Reich Gottes, sondern für diese reale Welt, in der das Böse noch sehr mächtig ist. Was Jesus in der Bergpredigt an seine Jünger und das Volk weitergibt, sind Regeln für den Umgang mit dem Bösen in dieser sündhaften Welt. Auch Paulus kennt das Böse und meint, man müsse ihm entgegentreten, aber so, dass man nicht vom Bösen überwunden wird, sondern das Böse mit Gutem überwindet (Römer 12,20).

Daneben kennt Paulus auch ein Handeln der Obrigkeit, das Christen respektieren können und sollen (Römer 13). Auch als Pazifist kann ich das Wirken der Polizei in einem Rechtsstaat bejahen. Nur in diesem Sinne verstehe ich auch Barmen 5, wo es heißt, dass der Staat unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen hat. Dies gilt für mich nur für den Bereich der Polizei, die ja wirklich nur in den allerseltensten Fällen zur Waffe greifen muss. Davon zu unterscheiden sind militärische Kampfeinsätze (die nicht durch Römer 13 und Barmen 5 gedeckt sind), die wie ich zuvor aufgezeigt habe, kontraproduktiv sind, und mitverantwortlich sind für das Aufkommen des Terrorismus und den Nahen Osten in ein Desaster gestürzt haben. Hier wurde die Aufgabe für Recht und Frieden zu sorgen gerade verfehlt.

Darum sollte die evangelische Friedensethik einen klaren Richtungswechsel in der Außenpolitik einfordern. Deutschland muss Verantwortung übernehmen, indem es Abschied nimmt von der Vorstellung, man können durch militärische Interventionen Frieden schaffen und sich in Zukunft ganz einer zivilen gewaltfreien Außenpolitik zuwenden!

Dietrich Becker-Hinrichs (60) ist Gemeindepfarrer in Bretten (Baden). Er gehört zu den Mitbegründern der Werkstatt für gewaltfreie Aktion in Baden und ist Mitglied im Versöhnungsbund. Im Rahmen des Forums Friedensethik der Evangelischen Landeskirche in Baden arbeitet er an friedensethischen Fragestellungen, und war einer der Autoren des Badischen Diskussionspapiers zur Friedensethik, das 2013 von der Landessynode verabschiedet wurde.